

Rückfall in die Siebzieger

Rainer Dahlem kommentiert das aktuelle Berufsverbot in Baden-Württemberg und Hessen

Man kann es fast nicht glauben, dass vierundreißig Jahre nach dem so genannten Radikalenerlass und elf Jahre nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes, in dem Berufsverbote für menschenrechtswidrig erklärt wurden, einem Realschullehrer aus Heidelberg die Einstellung in den Schuldienst der beiden Bundesländer Baden-Württemberg und Hessen verweigert wird.

Zur Erinnerung: Der 1972 beschlossene Radikalenerlass war in den 1970er-Jahren Grundlage für etwa 10.000 Berufsverbote vor allem gegen Lehrer/innen und Postbeamte. Drei Millionen Menschen wurden damals auf ihre Verfassungstreue überprüft. In Baden-Württemberg gab es zwischen 1983 und 1993 noch zwölf Ablehnungen für Lehramtsbewerber aus politischen Gründen, bis zum aktuellen Fall.

Dem Lehrer wird weder die fachliche Kompetenz abgesprochen, noch werden ihm dienstliche Vergehen während seiner Ausbildung beziehungsweise während des Referendariats vorgehalten. Ganz im Gegenteil – der Vertreter des Regierungspräsidiums Karlsruhe bescheinigt dem Lehrer gar Zivilcourage und großen persönlichen Einsatz.

Statt dessen wird jedoch mit Vermutungen und Spekulationen gearbeitet: Bei der Verhandlung vor dem Karlsruher Verwaltungsgericht sagte der Vorsitzende Richter dem Kläger, bei seinen Fächern Deutsch und Geschichte bestehe Anlass zur Befürchtung, dass er ein Bild unseres Staates propagiere und an Schülerinnen und Schüler weitergebe, das vonseiten des Landes als diskriminierend angesehen werde.

Der baden-württembergische Kultusminister Helmut Rau zeigte sich zufrieden mit dem Urteil. Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur sagte er, es gebe erhebliche Zweifel an der Verfassungstreue des Mannes.

Diesem Vorgehen muss entschieden entgegen getreten werden: Ein Lehrer, der sich offen gegen Krieg und Faschismus bekennt, ist mir tausendmal lieber als jemand, der zu allem Ja und Amen sagt – und zwar auch dann, wenn seine Meinung bequem ist und vielen nicht in den Kram passt. Ein engagierter und unbequemer Lehrer ist ein besseres Vorbild für unsere Kinder als viele Politikerinnen und Politiker, die jeden Tag etwas anderes erzählen und allen nach dem Mund reden.

Die GEW in Baden-Württemberg bleibt deshalb bei ihrer Grundhaltung in dieser Frage, die sich in drei Punkten zusammenfassen lässt:

1. Ob eine Organisation oder Partei verfassungswidrig ist, kann nur das Bundesverfassungsgericht in einem ordentlichen Verfahren klären. Die antifaschistische Initiative Heidelberg ist weder verboten noch gibt es Überlegungen zu einem Verbotsantrag.

2. Entscheidend für die Einstellung und Entlassung in den Schuldienst kann nur das konkrete Verhalten bei der Ausübung der beruflichen Tätigkeit sein. Wenn eine Lehrerin oder ein Lehrer sich in der Schule etwas zu Schulden kommen lässt, Schülerinnen und Schüler indoktriniert oder beeinflusst, dann gibt es genügend disziplinarrechtliche Möglichkeiten, um gegen diese Lehrkräfte vorzugehen. Berufsverbote brauchen wir dazu nicht.

3. Auch Lehrerinnen und Lehrer haben das Recht politischer Betätigung. Wir wollen engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die Zivilcourage haben und die sich in der Gesellschaft engagieren. Dass dies den Regierungen manchmal nicht in den Kram passt, wissen wir – das ist aber nicht entscheidend. Eine stabile Demokratie muss auch Selbstkritik und unbequeme Bürgerinnen und Bürger aushalten – und das gelingt ihr auch.

Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung fragt man sich allerdings, ob dies überhaupt erwünscht ist. Man gewinnt den Eindruck, dass überall die angepassten und unauffälligen Menschen eher akzeptiert werden als die kritischen und unbequemen. Dies aber ist eine Entwicklung, die niemand wirklich gut finden kann.

Deshalb wird sich die GEW Baden-Württemberg auch in Zukunft aktiv gegen Berufsverbote engagieren und dafür, dass die rechtlichen Grundlagen des so genannten Radikalenerlasses aus dem Landesrecht gestrichen werden.



Rainer Dahlem, Jahrgang 1946, ist Berufsschullehrer und seit 1991 Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg. Die GEW im Südwesten ist mit 41.000 Mitgliedern der zweitgrößte GEW-Landesverband. Kontakt via E-Mail: rainer.dahlem@gew-bw.de; <http://www.gew-bw.de>